

**POLITIK**

Umfrage

# Aufstand gegen den

**Regierungsauftrag.**

Was sollte die neue Regierung machen, um dem Standort Österreich wieder zu neuem Glanz zu verhelfen? 35 Manager sprechen Klartext.

**Wahl der Wirtschaft.**

Vor allem Investitionen in die Bildung werden gefordert. Wichtig sind den Unternehmern auch eine Senkung der Lohnnebenkosten und steuerliche Entlasungen.

Umfrage: Jakob Arnim-Ellissen, Martina Bachler, Miriam Koch, Stefan Knoll, Iris Riepan und Ashwien Sankholkar

Seit 2008 haben sich laut Georg Kaptsch die Arbeitskosten in Österreich um über 15 Prozent erhöht. „Wäre das wenigstens den Mitarbeitern zugute gekommen, könnte man dem ja etwas abgewinnen. Aber der Großteil läuft wieder in die Abgabenquote“, klagt der Präsident der Industriellenvereinigung. Nachdem Österreich fünf Jahre mit ruhiger Hand geführt wurde, ist nun die Angst unter den Managern groß, dass der Stillstand auch in der neuen Legislaturperiode weitergeht – obwohl längst nicht alle der Meinung sind, der Wirtschaftsstandort „sandle ab“.

FORMAT hat 35 Top-Entscheidungsträger gefragt, was die neue Regierung – unabhängig von der Zusammensetzung – sofort umsetzen muss, damit Österreich konkurrenzfähig bleibt. Ihre Antworten sind ein konzertierter Aufschrei gegen Reformstau, für umfassende Neuerungen im Bereich Bildung und für eine rasche steuerliche Entlastung der Arbeitnehmer.

Schon im Februar 2011 haben die Manager im FORMAT ihren Unmut gegen die Untätigkeit der Regierung kundgetan – der Reformeifer wurde dennoch nicht angestachelt. „Die Politik versinkt in Lethargie und wechselseitiger Lähmung“, urteilte Ottakringer-Chef Sigi Menz damals: „Wer jetzt nichts gegen den Stillstand tut, macht sich mitschuldig.“

**CLAUS RAIDL**  
Nationalbank-Präsident  
**Bundesrat streichen**

Die Bevölkerung will endlich Taten sehen, das ewige Herumgerede muss aufhören. In der Bildungspolitik braucht es die Erstellung eines detaillierten Modells einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen in architektonischer Hinsicht,



Tagesstundenplan (Unterricht, Mittagessen, Freistunden), differenziertes Lehrangebot (die Schüler gehen in jeder Unterrichtsstunde zum Lehrer und nicht umgekehrt). Solange

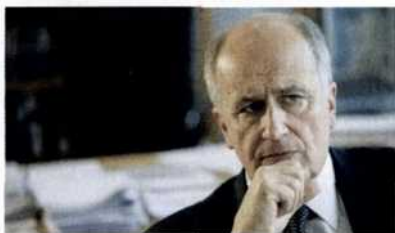
dieses Modell nicht existiert, bleibt das „alte“ Gymnasium erhalten.

Der Eingangsteuersatz bei der Einkommensteuer sollte von 36,5 auf 25 Prozent gesenkt werden, der höchste Steuersatz erst ab 100.000 Euro pro Jahr gelten. Die Gegenfinanzierung wäre durch Kürzung der Wirtschaftsförderung von derzeit rund 17 Mrd. Euro und durch Verwaltungsreformen möglich. Es braucht auch eine Föderalismusreform mit ersatzloser Streichung des Bundesrates; Gesundheit und Schule sollten zur Gänze in die Bundeskompetenz fallen.



„Die Herausforderungen sind bekannt, daher ist mir nur eines wichtig: Auf zur Umsetzung!“ Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank

# Stillstand



**KARL SEVELDA**  
CEO Raiffeisen Bank International  
**Keine Steuererhöhungen**

Ich denke, es ist an der Zeit, die Diskussion um Steuererhöhungen zu beenden. Dazu zählen unter anderem die Aufhebung der Gruppenbesteuerung, die Vermögenssteuer, die Finanztransaktionssteuer sowie die Bankenabgabe. Ebenfalls unbedingt nötig sind ernsthafte Reformen im Bereich der Verwaltung, der Gesundheit und bei den Pensionen. Auch das Thema Bildung ist meiner Meinung nach ein besonders wichtiges.

Diese Maßnahmen sind notwendig, weil es darum geht, den Wirtschaftsstandort Österreich zu beleben, damit wir auch in Zukunft international vorne mit dabei sind. Nehmen wir das Thema Bildung: Es sollte uns ein Anliegen sein, die besten Leute für unsere Kinder zu haben. Momentan gibt es zwar einige gute Ideen, aber in der Umsetzungsstelle ich leider ziemlich Stillstand fest.

FOTOS: LUKAS ILGNER, RENÉ PROHÁSKA (4), WALDHÄUSL, BEGESTELT

**CLAUDINE VARTIAN** DLA Piper Weiss-Tessbach Rechtsanwälte  
**Familien soll am Monatsende mehr Geld bleiben**

Wichtig ist, Arbeitgeber zu entlasten und Lohnnebenkosten zu senken; KMU haben im Vergleich zu Großunternehmen keine Möglichkeit, durch spezielle Strukturmaßnahmen Steuerbelastungen abzufedern, sie brauchen eine Entlastung. Zudem sollten im Hochsteuerland Österreich keine ungerechten Vermögenssteuern eingeführt werden, denn höhere Einkommen werden in Österreich im EU-

Vergleich ohnehin überdurchschnittlich besteuert. Eine zusätzliche Vermögenssteuer würde zu einem enormen Kapitalabfluss ins Ausland führen. Ein weiterer



Punkt wäre, durch Steuererleichterungen Familien zu fördern – etwa durch ein größeres Angebot an Abschreibungsmöglichkeiten für kinderbezogene Anschaffungen. Man muss darauf schauen, dass Familien am Ende des Monats mehr Geld bleibt.

**JENNIFER ROSE**  
Jones Mode  
**Kündigungsschutz ändern**

Wir brauchen einen verstärkten Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMUs. Dabei wäre unser größtes Anliegen den Betrieben die Scheu zu nehmen, junge Frauen anzustellen, indem man Kündigungsschutzbestimmungen bei einer Teilzeitarbeit nach der Geburt eines



Kindes – von übertriebenen unternehmerfeindlichen sieben Jahre – auf etwa drei Jahre verkürzt.

**GÜNTER THUMSER**  
Präsident Henkel CEE  
**Lohnnebenkosten senken**

Die hohen Lohnnebenkosten belasten den Faktor Arbeit. Mit plus 15,5 Prozent seit 2008 liegt die Verteuerung der Arbeitskosten weit über dem EU-Schnitt von 8,6 Prozent.

Außerdem braucht es deutliche und längst überfällige Veränderungsimpulse im Bildungssystem in Richtung individuellerer Talentförderung sowie Strukturreformen im föderalen System und in der Administration.



**POLITIK**

Umfrage

**ALEXANDER QUESTER**  
 Fisch-Unternehmer  
**Weniger Geld für Parteien**



Kein Geplänkel mehr und keine Ausreden. Es braucht eine Erntlastung des Faktors Arbeit um mindestens acht Prozent. Durch Pension nach schwedischem Vorbild, durch eine Verwaltungsreform, Zusammenlegung von Sozialversicherungsträgern, durch eine Föderalismusreform, Durchforsten der Förderungen, durch eine Senkung der Parteienfinanzierung.

**EDUARD ZEHETNER**  
 CEO Immofinanz  
**Mehr Privatisierungen**



„Neugebauer-Stalinisten“ sollen in Pension verschwinden, mit neu eingestellten Pädagogen gestalten wir ein völlig neues Ganztags-Schulmodell mit hoher Eigenverantwortung. Die duale Ausbildung sollte ausgebaut werden. Des weiteren: Reduktion der Lohnnebenkosten durch Abschaffung der kommunalsteuer; kommunale Dienste sollen privatisiert werden.

**GABRIELA BENZ**  
 General Manager Le Méridien  
**Neue Höchstleistungszeiten**



Durch eine Senkung des Einkommensteuersatzes könnten Arbeitsplätze attraktiver gemacht werden, für ausländische Arbeitskräfte, Wieder- und Quereinsteiger sollte die Rahmenbedingungen verbessert werden. Die derzeitigen Höchstleistungszeiten sind fernab der betrieblichen Realität. Neue Substanzsteuern wären für die Branche nicht verkraftbar.

**EVELYN SCHÖDL**  
 CEO GlaxoSmithKline Österreich  
**Sozialabgaben senken**



Reformbedarf gibt es in den Bereichen Innovation und Beschäftigung. Wichtig wäre eine Reduktion von Steuern und Sozialabgaben, um den Standort Österreich für Unternehmen und Arbeitnehmer attraktiver zu machen. Neben der Förderung von Basisforschung müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen Fokus auf Innovation garantieren.

**WILLI CERNO**  
 CEO der UniCredit Bank Austria  
**Glaubwürdige Reformpartner**



Ich wünsche mir eine Regierung, die vom Start weg als glaubwürdige „Reformpartnerschaft für Österreich“ auftritt. Sie sollte folgende Maßnahmen sofort anpacken: Nachdem die private Konsumnachfrage heuer das erste Mal seit fünfzehn Jahren rückläufig ist, soll die Konsumlaune mit einer Steuerreform, die vor allem die unteren Einkommensbezieher entlastet, gehoben werden. Gleichzeitig sollten die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Die Gegenfinanzierung muss ausgabenseitig sichergestellt werden.

Das Bildungssystem muss endlich reformiert werden: Dazu müssen die Ausgaben erhöht, aber auch treffsicherer werden. Parallel dazu ist die Schulverwaltung durch klare Kompetenzen zwischen Bund und Ländern zu entschlacken, um zusätzliche Mittel zu gewinnen. Nur wer in Bildung investiert, sichert die künftige Wettbewerbsfähigkeit!

Durch effektivere Anreize für Arbeitgeber und -nehmer sollte das faktische Pensionsantrittsalter schnellstmöglich an das gesetzliche Antrittsalter herangeführt werden. Ältere Menschen sollen künftig dafür belohnt werden, länger am Erwerbsleben teilzunehmen. Unser Pensionssystem als größte Hypothek auf die Zukunft unserer Kinder und Enkel ist im Sinne eines fairen Generationenvertrags rasch zu reformieren.



**GERHARD SCHILLING**  
 Almdudler-Chef  
**Mehr Wandertage**

Ich wünsche ich mir von der neuen Regierung eine Senkung der Lohnnebenkosten für die ersten 100 Mitarbeiter, weil das neue Betriebe schafft. Zweitens eine leistungsbezogene Entlohnung und Beurteilung von Lehrern. Drittens mehr Wandertage für unsere Kinder, damit diesen bewusst wird, wie wichtig es ist, die Natur und Berge Österreichs zu schützen.



**HEIMO SCHEUCH**  
 CEO Wienerberger  
**Weniger Regeln**

Wichtig ist, eine Deindustrialisierung zu verhindern. Wir müssen weg vom Zentralismus hin zu einer Vereinheitlichung von Richtlinien. Denn die kaum mehr überschaubare Zahl an Vorschriften verkleinert den Handlungsspielraum für die Wirtschaft. Ganz konkret erwarte ich mir einen stärkeren Fokus auf Bildung und Infrastruktur sowie Impulse für den Wohnbau.



**GABY STRÖCK**  
 Ströck Brot  
**Investition fördern**

Nach Wahlkampfgetöse und sinnloser Polarisierung sollte wieder Lösungsorientiertheit und ein rascher Übergang zu konkreten Sachthemen einkehren. Abgesehen vom Ende des Debakels in der Bildungspolitik und geringeren Lohnnebenkosten würde ich mir auch eine andere Politik wünschen, die Investitionen in den Standort Österreich fördert und auch die hier erfolgte gesamte Wertschöpfungskette samt Steuerleistung berücksichtigt.



**HERBERT PAIERL**  
 Consultant  
**Keine Lügen mehr**

Es braucht spürbare Abschlüsse für Frühpensionisten und Bonus bei späterem Pensionseintritt, sowie eine Reduktion der Lohnnebenkosten um jährlich zwei Prozent. Das derzeitige System ist unfinanzierbar – Pensionsversprechen sind Lügen. Die hohen Arbeitskosten vernichten Arbeitsplätze; fehlendes Eigenkapital verhindert Wachstumsprojekte.

FOTOS: SCHNÖBER/PICTURESK.COM (2), IMMOFINANZ, MARCUS E. DEK/NEWS, ROMAN ZACH/HEISSING/NEWS, ALMDUDLER, BENJ. PROHASKA (2), BIG SHOT, RICARDO HERRGOTT/NEWS, MICHAEL KAUSCH-SCHOTT/TREND, FEROUTI/VA, WIRTSCHAFTSBLATT (2), SEBASTIAN RECH/TREND, LUKAS UGNER (2), IAN EHM/TREND, HEDI MICHEL-DEBOK/TREND, BELEGSTELLT



**MICHAEL TOJNER**  
 Investor, Global Equity Partners  
**Für Vermögenssteuern**

Als erstes müsste man bei den Pensionen die Wahrheit sagen und erklären, dass das aktuelle Pensionssystem mit seinem durch viele Ausnahmen de facto niedrigen Antrittsalter nicht haltbar ist. Mit den Einsparungen kann in Bildung investiert werden. Nächstes großes Thema ist eine Senkung der Einkommenssteuern bei niedrigen Einkommen. Das kann man über die Grundsteuer und über weitere Vermögenssteuern finanzieren. Ohne diese wird es anfangs nicht gehen. Denn eine Pensions- und eine ebenso notwendige Verwaltungsreform brauchen Zeit, bis sie budgetwirksam sind.

**FLORIAN GSCHWANDTNER**  
 Gründer von Runtastic  
**Ausnahmen für Start-ups**

Es braucht für IT-Start-ups für die ersten drei Jahre Ausnahmen vom Kollektivvertrag, eine Arbeitszeitflexibilisierung (auf gegenseitigen, ausdrücklichen Wunsch des Mitarbeiters und Arbeitgebers), steuerliche Anreize für Start-ups wie eine Befreiung von der Lohnsteuer in den ersten ein bis zwei Jahren. Zudem sollten Förderungen für die Industrie zugunsten von Start-up- und Technologiebranchen (Biotech, Umwelt) eingeschränkt werden.

**GOTTFRIED HABER**  
 Donau Uni Krems  
**Pensionssystem ändern**

Hohe Priorität muss die nachhaltige Ausgestaltung des Pensionssystems haben, also eine strikte Umsetzung des Versicherungsprinzips – man bekommt das heraus, was man über die Jahre eingezahlt hat. Nur so kann langfristige Sicherheit und Planbarkeit für die Menschen und die langfristige Bonität des Staates erreicht werden. Soziale Aspekte und Härtefälle müssen dann selbstverständlich über transparente Transfers ausgeglichen werden.

**KARL-HEINZ STRAUSS**  
 Porr-Chef  
**Individuelle Förderung**

Unsere wichtigste Ressource sind die gut ausgebildeten Arbeitskräfte. Daher braucht es ein Bildungssystem, das individuelle Fähigkeiten und Interessen erkennt und bestmöglich fördert. Auch in Forschung gehört investiert. Wichtig ist es auch, die mehrfach verschobene Verwaltungsreform durchzuführen und ein international konkurrenzfähiges Steuersystem zu schaffen.



**ANDREAS GERSTENMAYER**  
 CEO AT&S  
**Kapitalmarkt wach küssen**

Zentrale Zukunftsthemen sind: eine hochwertige Infrastruktur, die Versorgungssicherheit für die Industrie und eine Anpassung der Energiekosten; ein faires Steuersystem – die Beibehaltung der Gruppenbesteuerung, eine Senkung der Lohnnebenkosten sowie Impulse für Forschung. Wichtig ist, den heimischen Kapitalmarkt attraktiver und wettbewerbsfähiger zu machen.



**KARIN EXNER-WÖHRER**  
 Salzburger Aluminium AG  
**Technik im Kindergarten**

Handlungsbedarf besteht im Bildungssystem, beginnend bei den Jüngsten, mit der gezielten Merkfähigkeit an Naturwissenschaften bereits im Kindergartenalter und praxisorientierter Ausbildung der 14- bis 18-Jährigen. Österreich braucht leistungsorientierte Zuwanderer und muss sich bemühen, durch ein attraktives Steuersystem Leistungsträger im Land zu halten.



**GÜNTER GEYER**  
 Präsident Versicherungsverband  
**Vorsorge für die Pflege**

Aus Sicht der Versicherungswirtschaft sind drei Fragen vorrangig: Die nachhaltige Absicherung nach Naturkatastrophen sowie eine private Vorsorge um Pflege weiter zu finanzieren. Zudem sollte eine wesentliche Ungleichbehandlung rasch geändert werden, damit Dienstnehmern des Bundes und der Länder die betriebliche Kollektivversicherung offensteht.



**BURKHARD ERNST**  
 Rainer Kfz-Handels AG  
**Brauchen Wille zur Leistung**

Österreich braucht Wille zur Leistung: Es kann nicht sein, dass die Tendenz vorherrscht, der Staat habe die Aufgabe, alle Bürger zu erhalten. In der Schule sollte Leistung gefördert, Fehlverhalten bestraft und die Diskussion über Ganztagschulen beendet werden. Dringend nötig wäre auch eine Ökoprämie, um alte Fahrzeuge von der Straße zu bekommen.



**TATJANA OPPITZ**  
 Generaldirektorin IBM  
**„Smarte“ Verwaltung**

Schlüsselfaktoren für die Wirtschaft sind Bildung und Forschung – das hat erste Priorität. Wir brauchen auch eine „smarte“ Verwaltung – nicht nur im Hinblick auf Einsparungen, sondern auch um die künftige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu sichern. Drittens sollten wir Faktoren wie Energiekosten im Auge behalten, um auch als Industriestandort attraktiv zu bleiben.



**LEO WINDTNER**  
 Energie AG Oberösterreich  
**Energiekrise verhindern**

Die große Herausforderung für die Politik ist, dass der Finanzkrise nicht die Energiekrise folgt. Die österreichische Politik muss hier Leadership zeigen, damit die Energiewende nicht wie in Deutschland in die Sackgasse führt. Denn die derzeitigen Rahmenbedingungen, dass sich nur mehr geförderte Stromerzeugung rechnet, gefährden die Versorgungssicherheit.



**ULRIKE RABMER-KOLLER**  
 Rabmer Bau Gruppe  
**Erneuern statt besteuern**

Der Standort Österreich leidet zunehmend an Systemschwächen, etwa in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheits-, im Pensions- oder im Bildungsbereich. Meine Forderung an eine neue Regierung ist daher, dass endlich umfassende Reformen durchgeführt werden. Das Motto muss in Zukunft lauten: „Erneuerung statt Besteuerung“.



## POLITIK

Umfrage

### SIGI MENZ Ottakringer-Konzernchef Spekulation besteuern

Symptomatisch für die politische Stagnation ist, dass ich mein Statement vom Februar 2011 nur kopieren müsste, um die aktuelle politische Lage und die entsprechenden Notwendigkeiten zu beschreiben: Nach wie vor befinden wir uns in einer politischen Stagnation. Öster-

reich wird nicht regiert, sondern verwaltet.

Wir leben auf Substanz. Wir brauchen eine Verschlankung und Modernisierung der staatlichen Strukturen, etwa durch Beseitigung von Doppel-

und Dreifachgleisigkeiten, durch Eliminierung von Antiquiertheiten, durch Vereinfachung der Gesetzeslage (Steuern, Vorschriften). Notwendig ist endlich eine Bildungsreform – die sich an den individuellen Bedürfnissen und Stärken der Schüler orientiert, an modernen, weltoffenen, praktischen Parametern und nicht an Lehrgewerkschaften, Funktionären und Parteidogmatikern. Und drittens: Reduktion der Lohnnebenkosten! Runter mit den Steuern auf Arbeit, rauf mit den Steuern auf reine Finanzgeschäfte und Spekulationen.



### MONIKA LANGTHALER Brainbows Vorbild Deutschland

Die Einführung einer ökologischen Steuerreform wäre wichtig: durch die Senkung arbeitsbezogener Steuern sollen vor allem KMUs entlastet werden. Und durch die Belastung von umweltschädlichen Ressourcen soll die Energiewende weiter vorangetrieben werden. Zudem sollte es einen Rechtsanspruch auf ein qualitativvolles Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ab dem vollendenden ersten Lebensjahr nach dem Vorbild Deutschlands geben: Damit soll es Frauen um einiges erleichtert werden, wieder ins Berufsleben einzusteigen. Was Österreich noch braucht, wäre eine Bildungsmilliarde für bessere, modernere Schulen und Universitäten – junge Menschen sind die Zukunft, das braucht eigentlich keine weitere Erklärung.



„Ich wünsche mir stabile Rahmenbedingungen zur Sicherung des sozialen Friedens und für die Absicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich.“

Franz Wohlfahrt Generaldirektor Novomatic AG

### WOLFGANG HESQUN CEO Siemens AG Österreich Verwaltungsreform jetzt!

Unabdingbar sind Investitionen und Reformen vor allem in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Infrastruktur, um die Entwicklung des Industriestandortes Österreich langfristig auf Erfolgskurs zu halten. Es muss uns gelingen, die Ausbildung an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Unser Schulsystem muss wieder eine Grundbildung gewährleisten, die Schulabgänger idealer auf ihr Berufsleben vorbereitet, und es Unternehmen leichter macht, gut ausgebildete Mitarbeiter zu finden. Des Weiteren: ein viel stärkerer Fokus auf Forschung und Entwicklung, sowie Investitionen in die Infrastruktur. Grundlage dafür ist auch eine umfassende Verwaltungsreform mit Hilfe derer die Strukturen Österreichs – ohne Verluste für die Standortqualität – der Landesgröße angepasst werden.





**HANNES ANDROSCH**  
Industrieller

## Fehlanreize korrigieren

Damit der Wirtschaftsstandort Österreich einen Schub nach vorn macht, braucht es: ein zeitgemäßes Bildungssystem, das den Anforderungen der Zeit und dem internationalen Niveau Rechnung trägt. Vom Bildungsvolksbegehren liegen die entsprechenden Vorschläge



vor. Dann die Verringerung der Steuerquote durch deutliche Milderung der Steuerprogression und nachhaltige Sanierung der öffentlichen Haushalte und damit Verringerung der Staatsschuldenquote durch Beseitigung unnötiger, weil ineffizienter Ausgaben: Verschlankung der Verwaltung, Korrektur von Fehlanreizen wie der irrwitzigen Pendlerpauschale, Stopp der missbrauchten Hacklerregelung sowie der Zockerei der öffentlichen Hand. Wichtig ist auch eine wirksame Pensionsreform, die der Gerechtigkeit zwischen den Generationen Rechnung trägt, wozu auch ein größerer budgetärer Spielraum für Zukunftsinvestitionen zählt.

Nur auf Grundlage hoher Qualifikationen und von Kreativität und Innovationen getriebenen Investitionen können wir zukunftsstark werden und die Verschuldung abbauen.

FOTOS: RENÉ PROHASKA/TREND (2), JAN ENNA, HEIDI MICHEL, DEBOR LUKAS ILLNER (2), WWW.BILDROTHGRAFIKAT, RUDIFROESE, SEBASTIAN REICH

**„Derzeit läuft es verkehrt. Wenn die Arbeitsleistung abnimmt, werden die höchsten Gehälter bezahlt. Man müsste das System umdrehen und deutlich flexibler machen.“**

Josef Zotter Schokoladen-Ikone



**JAN TRIONOW**  
CEO „3“

## Förderungen sollten fair sein

Die künftige Regierung sollte IKT endlich als wichtige Säule für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes wahrnehmen und ihr den entsprechenden Stellenwert geben. Wir benötigen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für den Ausbau der Netze, faire Förderprogramme, keine überschießenden Regulierungsinitiativen. Wir fordern die Gleichbehandlung von Internetplayern und lokalen Infrastrukturbetreibern bei Regulierung und Konsumentenschutz.



**ANDREA KDOLSKY**  
PWC Österreich

## Brauchen Mut zur Veränderung

... angefangen bei Reformen in der Verwaltung und einer Verringerung der Abgaben (Steuer)-quote. Es geht um die Schaffung flexibler Rahmenbedingungen, die Förderung von Gesundheit am Arbeitsplatz und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir müssen Menschen länger in der Beschäftigung halten. Unsere Wirtschaft lebt von unterschiedlichsten Betriebsformen (KMU, EPU, Familienbetrieb) - diese brauchen maßgeschneiderte Lösungen.



**HANS STAUD**  
Unternehmer

## KMU stärken schafft Jobs

Wichtig wäre, KMU zu stärken, etwa durch einen halben Steuersatz von 12,5 Prozent für nicht entnommene Gewinne aus GmbHs. Durch Senkung der Lohnsteuer um ein Drittel für Gehälter mit einer jährlichen Bemessungsgrundlage zwischen 11.000 und 45.000 Euro würde der Konsum angekurbelt. Um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der KMU durch EU-Anforderungen auszugleichen, wären umsatzabhängige Investitionszuschüsse nötig.